

# PLENUM 2023



## In dieser Ausgabe:

### THEMA DER WOCHE:

Das 14-Punkte-Programm für mehr Wohnraum

### MARTINA STAMM-FIBICH:

Mammographie: Screening bis 75

### GABRIELA HEINRICH:

Mehr globale Zusammenarbeit für Frieden und Klimaschutz

### CARSTEN TRÄGER:

Bayern und Franken brauchen eine starke SPD

### JAN PLOBNER:

Gut Ding hat Weile

## Das 14-Punkte-Programm für mehr Wohnraum

**Es gibt zu wenige Wohnungen. Punkt. Diese Erfahrungen machen zur Zeit so viele Menschen, wenn sie eine neue Wohnung suchen, sei es zur Miete oder als Eigentum. So geht es nicht mehr weiter. Ein ambitioniertes Maßnahmenpaket soll jetzt Abhilfe schaffen. Was steckt drin im Paket?**

Warum werden nicht einfach mehr Wohnungen gebaut? Der Teufel steckt hier im Detail. Die Zinsen sind gestiegen. Die Baustoffe sind durchaus auch als Folge des Ukraine-Kriegs teurer geworden. Und es fehlen Leute, die die Häuser bauen können – Stichwort Fachkräftemangel. Die Ampel hat allerdings verstanden, dass die Politik wirksame Hebel hat. Nach einem Treffen im Kanzleramt wurde jetzt ein 14-Punkte-Plan vorgestellt. Das beschlossene Paket enthält zum Beispiel folgende Maßnahmen:

Steuerliche Anreize und mehr Förderung sollen Bauherren entlasten und zu Bauvorhaben ermutigen. Zum Beispiel soll die Grunderwerbssteuer überarbeitet und Bauprojekte besser steuerlich abgeschrieben werden können. (Bestehende) KfW-Förderprogramme sollen erweitert werden – zum Beispiel, indem die Kredithöchstbeträge mehr werden. Ein neues Programm „Jung kauft alt“ unterstützt Familien, eine sanierungsbedürftige Immobilie zu kaufen und herzurichten. Das alles macht Bauen zwar günstiger, aber nicht schneller.



**Den Wohnungsmangel beheben: Der SPD ist vor allem auch der soziale Wohnungsbau wichtig. In den nächsten fünf Jahren stellt der Bund den Ländern über 18 Milliarden Euro bereit.**

Deshalb möchte der Bund mit den Ländern einen „Pakt für Planungs- und Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“ schließen. Die Landesbauordnungen sollen geändert werden.

Zum Beispiel ließe sich dann ein einmal genehmigtes Haus in gleicher Art auch woanders nochmal hinbauen. Wenn man sein Dachgeschoss ausbauen möchte, braucht man unter Umständen gar keine Genehmigung mehr. Nächstes Jahr möchten Bund und Länder auch Leitlinien für einfache Bauweisen erarbeiten („Gebäudetyp E“). Und bremsende Energiesparvorgaben sollen ausgesetzt werden, dadurch lassen sich Bauprojekte schneller und unkomplizierter umsetzen.

Der SPD war natürlich der Bau von

Sozialwohnungen wichtig. Deshalb stellt der Bund in den nächsten fünf Jahren den Ländern über 18 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung.

Durch die beschriebenen Maßnahmen (im Paket stecken sogar noch mehr) soll das Bauen einfacher, schneller und günstiger werden. Bauministerin Klara Geywitz (SPD) lobt das 14-Punkte-Programm der Bundesregierung so: „Mehr Menschen werden sich mit unserer neuen Förderung ein Haus, ein bestehendes oder neues, kaufen können.“

Klar ist, dass das nicht von heute auf morgen funktionieren wird. Aber mittelfristig werden mehr Wohnungen entstehen und Mieten bezahlbarer sein.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ [martina.stamm-fibich@bundestag.de](mailto:martina.stamm-fibich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 774 22

🌐 [www.stamm-fibich.de](http://www.stamm-fibich.de)

📘 [facebook.com/martina.stammfibich](https://facebook.com/martina.stammfibich)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Mammographie: Screening bis 75

Erfolgreiche Petition zeigt wie wichtig der Ausschuss ist.

Die Frauen des Kreislandfrauenverbandes Friesland-Wilhelmshaven haben mit einer Petition erfolgreich für die Anhebung der Altersgrenze des Mammographie-Screenings gekämpft.

2019 legten sie ihre Petition beim Deutschen Bundestag ein, die wir im Petitionsausschuss einstimmig mit höchstem Votum unterstützt haben. Ein Strahlenschutzgutachten und ein Genehmigungsverfahren später hat der Gemeinsame Bundesausschuss, das höchste Gremium der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen, nun die Entscheidung getroffen, die Krebsvorsorge auszuweiten.

Brustkrebs ist in Deutschland die häufigste Krebserkrankung bei Frauen. Im Schnitt erkrankt jede achte Frau im Laufe ihres Lebens an Brustkrebs. Allerdings bestehen gute Heilungschancen, wenn die Erkrankung frühzeitig erkannt



Simtje Möller (m.) und Martina Stamm-Fibich freuen sich mit den Petentinnen. F: Ole Mattausch

wird. Dafür sorgt das Mammographie-Screening. Bisher übernahmen die Krankenkassen die Kosten jedoch nur bis zum 69. Lebensjahr. Doch gerade im Alter steigt das Risiko an Brustkrebs zu erkranken. Deshalb ist diese Entscheidung für mehr Vorsorge so wichtig. Mein Dank geht neben den Petentinnen auch an die parlamentarische Staatssekretärin und Wahlkreisabgeordnete für Friesland Siemtje Möller, die das Verfahren eng begleitet hat.

## Lohnabstandsgebot bleibt gewahrt

Zum 1.1.2024 wird das Bürgergeld um 61 Euro steigen. Das ist notwendig, um das Existenzminimum auch in Zeiten der Inflation zu sichern. Teile der Opposition behaupten, dass sich Erwerbsarbeit nun nicht mehr lohnen würde, aufgrund des Lohnabstandsgebots – also dem Plus an Einkommen, das im Vergleich zum Bürgergeld-Bezug mehr bleibt. Aktuelle Berechnungen zeigen, dass dies nicht der Fall ist. Wer den Mindestlohn erhält, hat zudem Anspruch auf Wohngeld und Kinderzuschlag. Damit stehen Empfänger:innen von Mindestlohn finanziell besser da als Menschen, die Bürgergeld beziehen. Für uns ist klar, dass der Lohnabstand nur vergrößert werden kann, wenn die Löhne steigen – und nicht, indem Sozialleistungen gekürzt werden.

## Kürzungen beim Bundesfreiwilligendienst

Den Bundesfreiwilligendienst stärken, das fordert Marie Beimen (19) mit ihrer Petition, die über 100 000 Unterstützerinnen und Unterstützern fand und die wir öffentlich im Petitionsausschuss diskutiert haben.

Konkret geht es der Petentin darum, durch ein höheres Taschengeld die finanzielle Grundlage zu schaffen, dass auch junge Menschen aus einkommensschwachen Familien an einem Freiwilligendienst teilnehmen können.

Wegen der durch Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Bündnis90/Die Grünen) geplanten Kürzungen, läuft jedoch nicht nur die Forderung nach einer Ausweitung der Freiwilligendienste Gefahr, gestrichen zu werden, sondern es ist zu befürchten, dass bundesweit sogar jede vierte bestehende Stelle wegbrechen könnte. Wie wichtig die Freiwilligen zur Unterstützung der Fachkräfte sind, weiß die Petentin aus erster Hand. Sie absol-



Übergabe der Überschriften an die Ausschussvorsitzende Martina Stamm-Fibich.

vierte selbst einen Freiwilligendienst in einem Krankenhaus.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ [gabriela.heinrich@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 758 44

🌐 [www.gabriela-heinrich.de](http://www.gabriela-heinrich.de)

📘 [facebook.com/heinrichgabriela](https://facebook.com/heinrichgabriela)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Mehr globale Zusammenarbeit für Frieden und Klimaschutz

**Vor 50 Jahren traten die Bundesrepublik und die DDR den Vereinten Nationen bei. Ein Antrag der Ampel würdigt die Vereinten Nationen. Aber wir nennen auch globale Herausforderungen. Vor allem zeigen wir auf, dass diese nur mit Zusammenarbeit zu bewältigen sind.**

Ich bin seit Jahren überzeugte Schrebergärtnerin. In so einer Kleingartenkolonie gibt es Regeln. Man hat schnell alle Kleingärtner gegen sich, wenn man sich nicht dran hält. Ob es sinnvoll ist, dass die Hecke nur eineinhalb Meter hoch sein darf, ist jetzt mal egal. Schwarze oder pinke Tulpen zu pflanzen, ist egal. Aber ich kann nicht einfach meinen Zaun einen Meter zum Nachbarn versetzen, weil ich sonst Ärger bekomme. Und Schrebergärtner

im Allgemeinen halten wie Pech und Schwefel zusammen, wenn es um die Kolonie als Ganzes geht. Gemeinsam können sie sich viel besser gegen alles mögliche wehren (Immobilienhaie, Bau eines Parkplatzes usw.).

Warum schreibe ich hier von Schrebergärten? Das Beispiel zeigt schön, wie wichtig eine Ordnung ist, die auf Regeln basiert. Und wie man mit Gleichgesinnten an einem Strang zieht. Bei den Vereinten Nationen gibt es das auch: „regelbasierte Weltordnung“ und „Multilateralismus“.

Wir stehen auf der Erde vor nie dagewesenen Herausforderungen. Die aktuelle imperiale Großmachtspolitik Russlands muss durch viele Länder sanktioniert werden, um Putin seine

Grenzen aufzuzeigen. Oder: Die Klimakrise werden wir nur in den Griff bekommen, wenn viele Länder mitmachen. Das Klima kennt keine nationalen Grenzen. Hier macht die Ampel einen wirklich guten Job. Olaf Scholz und Svenja Schulze sind neue Klima- und Entwicklungspartnerschaften mit Staaten des Globalen Südens eingegangen – zusammen mit weiteren Partnern wie Japan und den USA. Das ist Multilateralismus in der Praxis: Länder kommen zusammen und vereinbaren gemeinsames Handeln. Nur so war das Pariser Klima-Abkommen möglich!

Beides – Multilateralismus und eine regelbasierte Weltordnung fallen nicht vom Himmel. Zumal es Akteure gibt, die ausschließlich ihre eigenen Interessen verfolgen. Wir werden weiterhin innerhalb der Staatengemeinschaft Brücken schlagen müssen – mit dem Ziel multilateraler Zusammenarbeit. Wir brauchen eine stärkere Zusammenarbeit mit Demokratien.

Aber ob es uns gefällt oder nicht: Wir müssen auch mit denen zusammenarbeiten, die unsere Werte nicht zu 100 Prozent teilen. Auch autoritäre Staaten haben zum Beispiel ein Interesse daran, nicht von größeren Nachbarn überfallen zu werden. Nicht von Naturkatastrophen hinweggefegt zu werden. Auch sie können Partner sein für eine friedliche und regelbasierte Weltordnung. Wir müssen das Verbindende suchen, nicht das Trennende.



Gabriela Heinrich plädiert für ein globales Miteinander in Zeiten, in denen die Weltgemeinschaft vor den größten Herausforderungen ihrer Zeit steht. Foto: Janine Schmitz/photothek



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ [carsten.traeger@bundestag.de](mailto:carsten.traeger@bundestag.de)

☎ 030 - 227 778 01

🌐 [www.carsten-traeger.de](http://www.carsten-traeger.de)

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://facebook.com/carstentraegermdb)



# Bayern und Franken brauchen eine starke SPD!

Am 8. Oktober sind Landtags- und Bezirkswahlen in Bayern. Der Wahltag ist die große Chance, endlich auch im Freistaat die Weichen auf eine Politik des Fortschritts statt des Populismus und der Blockade zu stellen. Es ist die SPD, die auf allen Ebenen eine Politik zum Wohle der Menschen hier macht, von der alle profitieren, während Union und Freie Wähler Versprechen brechen und die Bürger allein lassen.

2022 und 2023 hatten und haben alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern mehrere hundert Euro mehr in der Tasche, weil die SPD-geführte Bundesregierung kraftvolle Entlastungspakete mit Direktzahlungen, Preisbremsen und Steuer- und Abgabensenkungen beschlossen hat. Die Bayerische Staatsregierung dagegen hat sich anders als andere Landesregierungen zurückgelehnt und die Menschen in dieser schwierigen Situation allein gelassen.

CSU und FW haben Versprechen um Versprechen gebrochen. Sie haben das 365-Euro-Ticket nicht umgesetzt – der Bund musste einspringen und mit dem 49-Euro-Ticket endlich ein attraktives Angebot für den ÖPNV schaffen. Statt 10.000 neuen Wohnungen wurden nur eine handvoll gebaut. Einen Schutzschirm für die bayerischen Kliniken hat Markus Söder 2018 versprochen – gekommen ist er nicht. Unsere Krankenhäuser kämpfen jetzt mit enormen Defiziten, aber die bayerische Staatsregierung stimmt als einzige Landesregierung gegen die vorgeschlagene Krankenhausreform und versucht, sie maximal zu verzögern und zu blockie-



ren. Während die SPD im Bund alles dafür tut, dass die Energiewende vorgeht, mehr Strom aus Sonne und Wind zu erzeugt wird und transportiert werden kann, haben Freie Wähler und CSU den Ausbau und die nötigen Trassen blockiert. Jetzt drohen höhere Strompreise in Bayern.

Das kann und darf so nicht weitergehen. Bayern ist in vielen Bereichen stark, aber die CSU ist heute das größ-

te Standortrisiko für den Freistaat. Auch die Menschen hier brauchen eine sichere, klimafreundliche und bezahlbare Energieversorgung. Auch sie brauchen ein gutes und erreichbares Gesundheitssystem. Sie brauchen umweltfreundliche Mobilitätsangebote, bezahlbare Wohnungen, ausreichend Pflege- und KiTa-Plätze. Ihre Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Sie haben eine Politik verdient, die sich um sie kümmert, statt Bierzeltreden. Die SPD mit Florian von Brunn an der Spitze steht bereit.

Wir haben die richtigen Konzepte, die den Menschen helfen, und die besten Kandidatinnen und Kandidaten. Die SPD macht die beste Politik für die Menschen in Franken und in Bayern. Das noch stärker herauszustellen, haben Carolin Wagner und ich uns auch als neue Vorsitzende unserer bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag vorgenommen. Gemeinsam mit einer starken SPD-Landtagsfraktion bringen wir unsere Heimat voran. Bayern und Franken brauchen eine starke SPD.

Deshalb am 8. Oktober:  
Alle Stimmen für die SPD!



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ [jan.plobner@bundestag.de](mailto:jan.plobner@bundestag.de)

☎ 030 - 227 71 577

🌐 [www.jan-plobner.de](http://www.jan-plobner.de)

📘 [facebook.com/janplobner.5](https://facebook.com/janplobner.5)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Gut Ding hat Weile

Reform des Abstammungsrechts nimmt langsam Form an. Ziel ist ein Familienrecht, das niemanden in Deutschland diskriminiert.

Von Seiten der SPD ist das Ziel schon lange klar: Wir müssen das Abstammungsrecht reformieren, da es der heutigen Zeit nicht mehr gerecht wird. Nach langem Warten auf das Justizministerium nimmt die Reform ums Abstammungsrecht nun Form an.

Wie wir Eltern werden und welche Verantwortung damit einhergeht, ist allgemein bekannt. Aus juristischer Sicht ist das ganze deutlich komplizierter. Das Abstammungsrecht regelt dabei die Elternschaft. Seit 20 Jahren hat es sich kaum verändert. Damals wurde die Unterscheidung zwischen ehelichen und nichtehelichen Kindern aufgehoben und die Situation für in Scheidung lebende Paare vereinfacht.

Nach § 1591 BGB ist heute Mutter eines Kindes immer die Frau, die es geboren hat. Nach § 1592 BGB ist Vater eines Kindes entweder der Mann, der zum Zeitpunkt der Geburt mit der Mutter verheiratet ist, der die Vaterschaft anerkannt hat oder der gerichtlich als Vater festgestellt worden ist.

Das deutsche Familien- und Abstammungsrecht ist weit davon entfernt allen Menschen und Familienmodellen gleiche Rechte und Pflichten zu übertragen. Queeren Paaren werden bei der Gründung ihrer eigenen Familie unzählige Steine in den Weg gelegt. Bis ein Kind zwei gleichberechtigte Väter oder Mütter hat, können oft Jahre vergehen. Patchworkfamilien bleibt heute oft nur der, selten wirk-

lich einfache, Weg einer Adoption um für die Kinder gemeinsam Verantwortung übernehmen zu können. Der Reformbedarf dieses Rechtsgebietes ist allgemein anerkannt. Die Schritte, die von anderen Seiten gefordert werden, sind oftmals unzureichend und in manchen Punkten verkomplizieren sie die Situation nur noch weiter.



**Auf dem Weg zum Familienrecht ist weiterhin Geduld gefragt.**

*F: Fionn Grosse*

Es ist Zeit für eine große, echte Reform. In Anlehnung an den Koalitionsvertrag soll zukünftig eine Elternschaftsvereinbarung geregelt werden, die vor der Zeugung des Kindes bereits die zukünftigen Verhältnisse klärt. Darin erklärt der biologische Erzeuger, dass er die Samen spendet und die Mitmutter oder der zukünftige Vater bestätigt die Elternschaft. Bei

Vorliegen einer solchen Vereinbarung soll die Ehe nachrangig sein. In allen anderen Fällen hat – auch die gleichgeschlechtliche – Ehe Vorrang. Eine Möglichkeit durch Anerkennung soll weiterhin die Fälle nach der Empfängnis regeln.

Familie sind mehr als Gene. Inwieweit wir gute Eltern abgeben, ist unabhängig davon, ob wir Frau oder Mann, Hetero oder Homo, Trans oder Cis, binär oder nicht binär sind. Wir erwarten nun eine gut ausgearbeitete Lösung, die sowohl Kindern von gleichgeschlechtlichen Eltern als auch von transgeschlechtlichen und nicht-binären Elternteilen dieselben Rechte verleiht, wie Kindern aus heterosexuellen Familienkonstellationen.

Die Initiative zahlreicher Verbände und laufende Verfahren vorm Bundesverfassungsgericht hierzu haben wir hoch erfreut zur Kenntnis genommen und sind sicher, dass diese nun auch dem Justizministerium den entscheidenden Anstoß gegeben haben. Zudem kann so die Problematik um zahlreiche Kinder geregelt, die in eine Scheidungssituation hineingezeugt oder geboren werden und allen Familien geholfen werden, die Samenspenden empfangen, ohne verheiratet zu sein.

Unser Anspruch ist ein Familienrecht, das niemanden in diesem Land diskriminiert und für alle Menschen Möglichkeiten schafft Eltern zu werden.